

20 Jahre EU-Osterweiterung Angekommen in einem anderen Europa

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Von 1980 bis 2013 Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), u.a. als Leiter des Referats Internationale Politikanalyse und als Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

UWE OPTENHÖGEL

Vize-Präsident der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) in Brüssel; Verleger und freiberuflicher Politik- und Organisationsberater; langjähriger Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung u.a. als Leiter des Mittel- und Osteuropareferates und als Internationaler Direktor.

Auf einen Blick:

- Im Mai jährte sich der EU-Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) zum zwanzigsten Mal. Dieses *Politik aktuell* lässt die vergangenen 20 Jahre Revue passieren und analysiert den Stellenwert dieser Region in der EU heute.
- Nach dem epochalen Umbruch von 1989 erlebte die Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa zunächst einen tiefen Absturz, gekoppelt mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Ungleichheit. Nach der harten Radikalkur nahm das Wachstum schnell wieder zu.
- Wegen der Finanzmarktkrise ab 2008 kam der Aufholprozess für mehrere Jahre ins Stocken und nahm erst 2014 wieder spürbar Fahrt auf. Die Corona-Pandemie sowie der Angriff Russlands auf die Ukraine und seine Folgen erschütterten die Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa erneut schwer. Dennoch hat die Osterweiterung ökonomische Konvergenz und politische Einbindung in die EU-Strukturen ermöglicht.
- Wesentlich schlechter ist es um den sozialen Aufholprozess und die innergesellschaftliche Entwicklung bestellt. Es kam zu einer Polarisierung in den Gesellschaften, in mehreren Staaten gelangten national-konservative und populistische Kräfte an die Macht.
- Der Stellenwert der Region innerhalb der EU wuchs mit Russlands Krieg gegen die Ukraine. Nun begegnen sich Alt- und Neumitglieder auf Augenhöhe. Daher sind die mittel- und osteuropäischen Länder 20 Jahre nach ihrem Beitritt tatsächlich in EU-Europa angekommen.

Im April ging eine Meldung durch die deutschen Medien: „Tschechischer Investor rettet Stahlsparte von ThyssenKrupp“. Das dürfte bei vielen Deutschen ein kurzes Innehalten verursacht haben. War es bisher nicht immer andersherum? Nach der Wende 1989 kauften und investierten deutsche Konzerne massiv in Osteuropa. Über Interesse aus Indien oder China hätte man sich vielleicht nicht mehr gewundert, aber Tschechien ... immerhin, ThyssenKrupp ist nicht irgendwer, sondern ein Stück deutscher Industriekultur und -geschichte. Die Episode zeigt, dass Mittel- und Osteuropa inzwischen angekommen sind in EU-Europa. Und dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für viele andere Politikfelder.

Vom Ostblock zurück nach Europa

Blicken wir zurück: Vor 1989 gab es einen Ostblock. Vor der westdeutschen und österreichischen Ostgrenze lagen Länder, deren immer wieder aufflammende Freiheitsbestrebungen 1953, 1956, 1968 und 1980 vom sowjetischen Hegemonen mit oder ohne Truppen unterdrückt wurden. Als Michail Gorbatschow diesen eisernen Deckel lüftete, stürzten die realsozialistischen Regime ohne großen Widerstand und die Mauer fiel. Zwar hatte sich die Planwirtschaft sowjetischer Provenienz als nicht konkurrenzfähig zum kapitalistischen Westen erwiesen, aber hinter den Umbrüchen von 1989/90 standen politische Motive, keine sozialen oder ökonomischen. Die Oppositionsbewegungen waren Bewegungen für Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit. Gleichwohl erwarteten die Bevölkerungen von der Transformation einer Plan- zur Marktwirtschaft, dass Freiheit und Demokratie im Verbund mit ökonomischer Modernisierung und Wohlstand kommen würden. Völlig unterschätzt wurde die Wirkung der Funktionsweise kapitalistischer Marktwirtschaften, die in Phasen ökonomischer Umbrüche Gewinner:innen und Verlierer:innen produzieren.

Vergleichsweise kurze Zeit nach dem epochalen Umbruch von 1989 wurde die EU dann zum ersten Mal nach Osten erweitert. Die DDR verschwand und die ostdeutschen Bundesländer traten der BRD und damit der EU bei. Die Folgen waren nicht ermutigend: Sowohl in West- als auch Ostdeutschland nahm die Ungleichheit zu, auch wenn der Abstand zwischen ihren Wohlstandsniveaus – zu langsam – abnahm. Die ostdeutsche Wirtschaft brach mit der Übernahme der Deutschen Mark (DM) zusammen. Das vereinigte Deutschland wurde nicht, wie oft befürchtet, zum gefährlichen Hegemonen, sondern zum kranken Mann Europas mit hoher Arbeitslosigkeit und wachsenden Schulden. Die DM und mit ihr die deutsche geldpolitische Dominanz schwanden und in der Währungsunion litt Deutschland unter hohen Realzinsen.

Die harten 1990er Jahre als Vorbereitung auf den EU-Beitritt

Was die westlichen Erwartungen hinsichtlich einer Osterweiterung angeht, bestanden nicht nur in Deutschland weit verbreitete Ängste vor der zu erwartenden Arbeitsmigration. Deshalb wurden für die Freizügigkeit auch längere Übergangsfristen vereinbart, auf die nur wenige EU-Mitglieder wie vor allem das Vereinigte Königreich verzichteten. Der dadurch ausgelöste starke Zustrom nach Großbritannien wurde als traumatischer Kontrollverlust empfunden und wurde zu einem der Faktoren, die später zum Brexit führten. Dabei hat die Migration sowohl in Großbritannien als auch in den anderen Ländern in den Sektoren, in denen auf den Arbeitsmärkten der Empfängerländer Knappheit (Pflege, Bau, Landwirtschaft etc.) herrschte, eher wertschöpfend und stabilisierend gewirkt.

Auch in Mittel- und Osteuropa war die Entwicklung dramatisch, wenn auch mit anderen Akzenten. Politisch übernahmen die siegreichen Oppositionsbewegungen die Macht von den kommunistischen Parteien, die sich meist sozialdemokratisch reformierten. Demokratie, Marktwirtschaft und Westintegration ersetzten Parteidiktaturen, Planwirtschaft und Ostblock. Wirtschaftlich gab es einen tiefen Einbruch, als die traditionellen Märkte im Osten wegfielen. Die Währungen stürzten ab, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit wuchsen, das Wohlstandsgefälle zum Westen nahm zu. Im Gegensatz zu Ostdeutschland vollzog sich diese Transformation ohne Schutzschirm. Zusätzlich waren diese Umwälzungen auch noch mit neuer Nationalstaatlichkeit verbunden. Die Auflösung der Sowjetunion, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und Jugoslawiens schuf neue Staaten und neue Grenzen.

Die Radikalkur war hart, aber bewirkte, dass das Wachstum nach der tiefen Rezession schnell wieder zunahm, auch wenn erst nach zehn Jahren das Niveau von 1989 wieder erreicht wurde. Die Wirtschaft orientierte sich auf die EU um und zog dank der niedrigen Löhne ausländische Investitionen an, allen voran die deutsche Automobilindustrie. Die sozialen Folgen waren hart, aber unter Kontrolle. Außer in Polen nahm die Armut kaum zu, die Lebenserwartung stieg. Natürlich entwickelte sich eine größere Ungleichheit der Einkommen als im realen Sozialismus; diese blieb aber niedriger als z.B. in Deutschland. Die Enttäuschung der Menschen äußerte sich im politischen Machtwechsel, der reformkommunistische Parteien wieder an die Macht brachte. Die anfänglich große Begeisterung für einen EU-Beitritt nahm tendenziell ab, vor allem in den neuen Nationalstaaten, die ihre frisch errungene Souveränität nicht gleich wieder beschränkt sehen wollten. Beim Referendum über den Beitritt gab es zwar überall klare Mehrheiten von mehr als zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, aber tatsächlich votierten weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten für den Beitritt. Die klarsten Befürworter:innen waren unter den Parteien der linken Mitte zu finden.

Krisengeschüttelt in der EU-Mitgliedschaft

Entgegen manchen Befürchtungen, dass die noch schwachen Wirtschaften der Neumitglieder der gefährlichen Konkurrenz im Binnenmarkt, der Regulierung aus Brüssel und einer realen Aufwertung durch Bindung an den Euro nicht gewachsen wären, prosperierten die osteuropäischen Ökonomien. Die Erfolge kapitalistischer Marktwirtschaft entpuppten sich aber alsbald als fragil, als 2008 die globale Finanzmarktkrise das System erschütterte. Der Aufholprozess, der die Prokopfeinkommen von 25 bis 40 % des EU-Durchschnitts 2004 auf 40 bis 60 % 2008 gehoben hatte, kam ins Stocken und nahm erst zehn Jahre nach dem Beitritt wieder spürbar Fahrt auf.

Die EU litt nicht nur unter der globalen Finanzmarktkrise, sondern auch noch schlimmer unter der dadurch ausgelösten Staatsschuldenpanik in den Mittelmeerländern. Kontraproduktive Austeritätspolitik aus Brüssel mit Deutschland als Treiber verschärfte die Rezession. Mittelosteuropa stagnierte zwar, blieb aber relativ stabil, auch weil man nicht in größerem Umfang in toxische US-amerikanische Finanzprodukte investiert hatte. Diese enttäuschende Phase der Mitgliedschaft ließ in einigen Ländern nicht nur das Vertrauen in die EU einbrechen, sondern auch jenes in die bisher dominierenden Parteien der linken und rechten Mitte. National-konservative, oft populistische Kräfte wie die PiS in Polen oder die Fidesz in Ungarn kamen an die Macht. Smer in der Slowakei und Anó in Tschechien gewannen an Bedeutung.

Ab etwa 2015 beruhigte sich die wirtschaftliche Situation wieder. Der Aufholprozess gegenüber dem Westen Europas nahm wieder Fahrt auf. Das Durchschnittseinkommen stieg von den 40 bis 60 % des EU-Niveaus auf 50 bis 70 %. Der Handel mit der EU nahm an Bedeutung massiv zu. Das Außenhandelsvolumen der vier Visegrád-Länder mit Deutschland übersteigt inzwischen das Chinas. Allerdings teilten die mittel- und osteuropäischen Länder nicht die damalige Aufnahmebereitschaft Deutschlands und einiger westlicher Mitgliedsländer der Union für die Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten und dem syrischen Bürgerkrieg und schlossen teilweise ihre Grenzen. 2019 schien sich die Lage beruhigt zu haben, auch wenn die traditionellen politischen Kräfte in vielen EU-Staaten an Einfluss und Wählergunst verloren – die massiven Fluchtbewegungen bescherten den populistischen Parteien eine Steilvorlage.

Dann traf 2020 die Corona-Pandemie die ganze Welt und die EU. Grenzen wurden wieder geschlossen. Nationale Eigeninteressen setzten sich durch, etwa wenn es um Impfstoffe, Masken oder Hilfen für betroffene Wirtschaftssektoren ging. Der massive ökonomische Einbruch traf aber vor allem Südeuropa, das stark vom blockierten Tourismus abhing. Die EU reagierte besser als in der Eurokrise 2010 mit einem großen Konjunkturpaket, das erstmalig mit einer Verschuldung der Union finanziert wurde und die Empfängerstaaten so entlastete. Politisch dominierten zwar in einigen Ländern der Region die national-populistischen Kräfte (Polen, Ungarn), aber die Wertschätzung der EU nahm in der Bevölkerung wieder zu.

Der nächste Schock kam mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022. Wirtschaftlich lösten die Sanktionen einen Preisschock bei Gas und Erdöl aus, der auf eine schon angespannte Inflationslage traf, die von den durch die Pandemie unterbrochenen Lieferketten hervorgerufen worden war. Die neue Krise traf Mittel- und Osteuropa stärker als die Pandemie oder die Eurokrise, die beide vor allem die südliche Peripherie der EU stark belastet hatten. Im Osten stiegen die Preise viel stärker, und die Realeinkommen litten unter der Energiekrise.

Diese letzten Schocks verbinden sich mit weiteren globalen Herausforderungen wie dem Artensterben und dem Klimawandel zu einem Szenario multipler Krisen, die die mittel- und osteuropäischen Wirtschaften heute vor die gleichen Herausforderungen stellen wie die der westlichen Altmitglieder der Union. Und es wird deutlich, dass man sich auf der gelungenen Integration seiner Ökonomien in die europäische Arbeitsteilung und ihre Lieferketten während der vergangenen 20 Jahre nicht ausruhen kann. Es stellen sich neue Herausforderungen, die sich unterschwellig als Nebenwirkung der oben dargestellten Erfolge im Aufholprozess entwickelt haben. Die Löhne sind stetig gestiegen, sodass die Arbeitskräfte nun mit anderen europäischen Peripherieländern in immer härterer Konkurrenz stehen. Die alten Industrien (z.B. die deutsch geprägte Automobilindustrie) müssen sich modernisieren. Das bestehende Industriemodell ist erschöpft, aktive Industriepolitik gefordert. Demografischer Wandel, Dekarbonisierung und Digitalisierung sind zu bewältigen. Der Dienstleistungssektor wird an Bedeutung zunehmen. Weiteres Wachstum hängt unter diesen Bedingungen von Produktivitätssteigerungen ab, die in erster Linie Investitionen in Innovation und Bildung voraussetzen. Wie im Westen auch ist ein weitreichender Umbau der Wertschöpfungsbasis nötig, will man global konkurrenzfähig bleiben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird deutlich, dass die Osterweiterung der Union hinsichtlich ihrer ökonomischen Konvergenz und der politischen Einbindung in die EU-Strukturen ein großer Erfolg war. Das war auch weithin der Tenor der Feierlichkeiten anlässlich des 20-jährigen Beitrittsjubiläums.

Die Polarisierung der Gesellschaften

Weit weniger erfolgreich verlief der Prozess der sozialen Konvergenz und der innergesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Region. Die hohen Erwartungen der Revolutionen von 1989 wurden für viele enttäuscht. In den 90er Jahren schaukelte die Regierungsverantwortung von den Konservativen zur Sozialdemokratie und zurück. Das Problem bei diesem Muster war, dass es trotz Regierungswechsel zu einer Entfremdung zwischen Wähler:innen und Gewählten kam, die Wahlbeteiligung sank und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs. Die liberale Demokratie lieferte nicht das, was sie versprach, nämlich neben politischer Freiheit ein gutes Leben für alle, die sich anstrengen. Das wurde zum Hebel des Populismus. Von den Verlierer:innen der Transformation in den wilden 90er Jahren über einen oft chaotischen und als ungerecht empfundenen Prozess der Privatisierung des ehemaligen Staatseigentums, der auf der einen Seite Oligarch:innen, auf der anderen Armut geschaffen hat, bis zu den heutigen Wähler:innen der nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien zieht sich eine Entwicklungslinie.

Auch in der Phase der Mitgliedschaft in der EU schritt die Polarisierung in den Gesellschaften voran – befeuert von der Digitalisierung der Kommunikation in den verantwortungslosen Weiten unregulierter sozialer Netzwerke. Das Attentat auf den slowakischen Premier Robert Fico mag hier als vorläufiger Höhepunkt gelten. Die Tragik dieses Vorfalls liegt auch darin, dass Fico selbst zur Polarisierung der slowakischen Gesellschaft beigetragen hat und sein Wahlsieg ohne eine massive Social-Media-Kampagne nicht zustande gekommen wäre. Die relativ stabilen Parteiensysteme der 90er Jahre zerfasern. Damit unterscheidet man sich kaum noch von den Entwicklungstrends in Westeuropa. Es gibt mehr Parteien in den Parlamenten, die Mehrheitsbildung wird schwieriger, die alten Blöcke lösen sich auf. Das Mitte-links-Lager ist geschwächt und spaltet sich auf. Neben den reformkommunistischen Parteien entstanden stärker städtisch und minderheitenorientierte Linksparteien.

Die Populist:innen, sei es von rechts oder links, haben die sozialpolitische Agenda der Sozialdemokratie übernommen und punkten damit bei den Wähler:innen. Gleichzeitig verspricht der Populismus, den permanenten ökonomischen Modernisierungsdruck abzufedern, traditionelle Lebensstile – in der Familie und auf dem Land – zu respektieren und die Gesellschaft vor ‚überzogenen‘ Minderheitenrechten (LGBTIQ) zu schützen. In den teilweise jungen Nationalstaaten der Region gibt sich der Populismus nationalistisch als Verteidiger ethnisch relativ homogener Gesellschaften gegen die regulatorischen Anmaßungen aus Brüssel im Hinblick auf Migration, Energie- und Klimapolitik und Vorgaben von Rechtsstaatlichkeit etc. Die Regional- und Strukturfonds sind willkommen, aber ansonsten würde man sich jede weitere Einmischung lieber verbitten. Bis zum russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 verblieb die Region damit in einer Randlage mit geringem Einfluss auf die strategischen Themen der Union. Mehr noch, mit Orbáns sukzessive zu einem Mafia-Staat avancierenden Ungarn und einem von der ideologisch-erkonservativen PiS regierten Polen

entwickelten sich für Brüssel zwei Mitgliedsländer zu ‚Troublemakern‘, die die Union politisch und institutionell herausforderten und ihre konsensuale Wertebasis untergruben.

Vom Rand ins Zentrum der Aufmerksamkeit

Situation und Stellenwert der Region in der Union änderten sich mit Russlands Krieg gegen die Ukraine. Der Fokus europäischer Politik verlagerte sich damit nach Osten. Der Schock über Russlands Angriff sitzt bis heute tief. Die Überraschung war aber in Brüssel und in den westlichen Hauptstädten der Union deutlich größer als in Mittel- und Osteuropa. Zunächst bestätigte der Angriff selbst und die brutale Art der russischen Kriegführung die Länder der Region in ihrer Mitgliedschaft in der EU, vor allem aber in der NATO. Russlands Angriffskrieg setzte der in der Charta von Paris 1990 vereinbarten europäischen Sicherheitsordnung nach dem Ende des Kalten Krieges ein endgültiges Ende. Putins Abkehr vom Westen beschleunigte sich spätestens seit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Der Weg führte vom zweiten Tschetschenienkrieg über Georgien und Syrien zur Annexion der Krim 2014. Der Präsident profilierte sein Land dabei als militärischen Gewaltakteur, bereit und in der Lage zu multiplen Arten von Intervention: Staatsterrorismus, hybride Kriegführung, Cyber-Attacken, Fake-News-Kampagnen, Einsatz von Söldnertruppen, um nur einige zu nennen. So dramatisch dies war, es änderte zunächst nichts an der westeuropäischen Politik gegenüber Russland. Dies galt für Brüssel, dessen Russlandpolitik bereits geraume Zeit vor dem Angriff auf die Ukraine zum Erliegen gekommen war, und wichtige westeuropäische Hauptstädte, vor allem aber für Berlin. Genau davor hatten die Mittel- und Osteuropäer spätestens seit Putins Annexion der Krim im Jahre 2014 eindringlich gewarnt. Auf Deutschland bezogen wurde klar, dass seine Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa weitgehend eine Ableitung seiner Russlandpolitik gewesen war. Umso erstaunlicher ist es, dass die EU ihre Einheit bewahrte, sich als handlungsfähiger erwies als von vielen erwartet und der Ukraine inzwischen einen Kandidatenstatus für die Aufnahme angeboten hat.

Vor diesem Hintergrund proklamierte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz eine ‚Zeitenwende‘ für die Politik seines Landes. Wie radikal der Wandel ist, zeigt sich darin, dass Berlin heute davon ausgeht, dass Sicherheit und Frieden in Europa nur gegen Russland organisiert werden können – nachdem man jahrzehntelang parteiübergreifend das Gegenteil propagiert hatte. Die Bundeswehr wird aufgerüstet, und Deutschland ist inzwischen der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine nach den USA.

Bereits kurz nach der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 wurde deutlich, dass dieser Krieg weitreichende globale Folgen haben würde. Er verstärkt die seit der Finanzkrise 2008/9 erkennbaren und durch die Corona-Pandemie beschleunigten De-Globalisierungstendenzen. Geopolitisch entstehen neue Kraftfelder und geoökonomisch zeichnet sich eine Neuaufstellung der Energie-, Produktions-, Handels- und Finanzsysteme ab. Angesichts einer inzwischen dysfunktionalen und blockierten UNO sowie der wachsenden Bedeutung multilateraler Formate wie der G7, der G20 oder der BRICS+ scheint die Multipolarität im internationalen System gekommen, um zu bleiben. Die Union als supranationale Organisation ‚sui generis‘ ist heute eine wichtige globale Akteurin auf diesem dynamischen Feld. Die innenpolitischen Folgen der Sanktionen gegen Russland und der anhaltenden Unterstützung der Ukraine wurden zunächst unterschätzt. Sie werden zusehends zu einer Belastung des sozialen Friedens in den Mitgliedsländern der Union. Diesen Herausforderungen sehen sich die

Länder Mittel- und Osteuropas in gleicher Weise ausgesetzt wie die Altmitglieder im Westen der Union.

Dennoch zählen sie, mit Ausnahme von Viktor Orbáns russlandfreundlichem Ungarn, das aber letztlich keines der europäischen Sanktions- oder Hilfspakete blockiert hat, zu den entschiedensten Unterstützern der Ukraine. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen historischen Erfahrungen mit Russland oder der Sowjetunion beherbergen die Länder heute einen großen Teil der ukrainischen Flüchtlinge und investieren nicht nur massiv in die eigene Verteidigung, sondern befürworten energisch den Ausbau europäischer Verteidigungsstrukturen bzw. des europäischen Pfeilers in der NATO. Dabei wird ihr geopolitischer Stellenwert durch die Aufnahme Schwedens und Finnlands in die Verteidigungsgemeinschaft, die die Ostsee zu einem NATO-Meer macht, weiter aufgewertet.

Angekommen in einem anderen Europa

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird deutlich, dass das ‚Zeitalter der Nachahmung‘ (Ivan Krastev) für die Länder Mittel- und Osteuropas zu Ende geht. Der Westen hat den Fehler begangen, die Geschichte von 1989 als Siegesgeschichte zu erzählen. Der bulgarische Politologe verweist aber darauf, dass es aus der Sicht Mittel- und Osteuropas – trotz erfolgreicher Revolutionen und anschließend erfolgreicher EU-Integration – keine Siegesgeschichte, sondern die einer Nachahmung ist. Der Osten wollte so werden wie der Westen, oder besser gesagt, so wie man sich den Westen vorstellte. Imitation beinhaltet aber stets die Annahme, dass der/die Imitierte besser ist als der/die Imitierende. Das ist keine Grundlage für den Aufbau von Selbstwertgefühl und eigener Identität. Unabhängig davon hatte die EU eine weitgehende Anpassung als Bedingung für einen Beitritt gesetzt, etwa in Gestalt der Kopenhagener Kriterien¹ oder des *Acquis communautaire*. Deshalb ist es auch wenig verwunderlich, dass der Beitrag der Revolutionen von 1989 zur Europäischen Identität in der Erzählung der Geschichte der Europäischen Union bis dato keinen prominenten Platz einnimmt. Ebenso wenig wird die Leistung der Bürger:innen Mittel- und Osteuropas im Prozess des Übergangs vom autoritären Staat zur liberalen Demokratie und vom Plan zum Markt, in dem sie über längere Zeiträume und immer wieder Phasen existentieller Unsicherheit ausgesetzt waren, im Westen hinreichend gewürdigt.

Als im Zuge der Mitgliedschaft in der Union im Anschluss an die Finanzkrise die Anfälligkeit des internationalen Systems durch sich überlappende krisenhafte Entwicklungen (Migration, Terrorismus, Pandemie, Klima etc.) deutlich wurde, verblasste die Vorbildfunktion der westlichen Altmitglieder zusehends. Angesichts der multiplen Herausforderungen zeigte sich, dass auch im Westen der Union Demokratie und die aktuelle Form des globalen Kapitalismus zunehmend schwerer vereinbar sind. Aber erst mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, den Fehleinschätzungen des Westens und der Ignoranz gegenüber skeptischen Stimmen aus Mittel- und Osteuropa ist die Möglichkeit entstanden, sich auf Augenhöhe zu begegnen und gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsam anzugehen.

¹ Zu den Kopenhagener Kriterien zählen politische und wirtschaftliche Kriterien (Wahrung der Menschenrechte, institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung, Achtung und Schutz von Minderheiten, Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt, funktionsfähige und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft, Offenheit der Märkte gegenüber dem Ausland) sowie die Übernahme des *Acquis communautaire*, also des EU-Rechts.

Die Länder der Region müssen damit rechnen können, gehört und respektiert zu werden. Was sie nicht erwarten sollten, ist, dass andere Länder in der Union ihre Sichtweise und ihre Interessen unbedingt teilen.

So besehen sind die Beitrittsländer von 2004 nach 20 Jahren in der Europäischen Union angekommen. Allein, die Union, in der man angekommen ist, ist heute eine ganz andere als die, der man seinerzeit beitreten wollte. Das Bild der EU, der man beitreten wollte, spiegelt sich in deren damaligem Selbstverständnis wider. In der im Dezember 2003 (vier Monate vor dem Beitritt) veröffentlichten ersten Sicherheitsstrategie der Union ("A Secure Europe in a Better World") heißt es: "Europe has never been so prosperous, so secure nor so free. The violence of the first half of the 20th Century has given way to a period of peace and stability unprecedented in European history." und "Large scale aggression against any Member State is now improbable."